

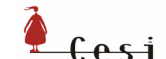
ERKLÄRUNG DER ZIVILGESELLSCHAFT ZUR VORGESCHLAGENEN EU-RICHTLINIE ÜBER DIE SORGFALTPFLICHTEN VON UNTERNEHMEN IM HINBLICK AUF NACHHALTIGKEIT

Wir, die unterzeichnenden Organisationen der Zivilgesellschaft und Gewerkschaften, begrüßen den Entwurf der Europäischen Kommission zur Richtlinie über die Sorgfaltspflichten von Unternehmen im Hinblick auf Nachhaltigkeit (CSDDD). Wir glauben, dass dies ein wichtiger und lang erwarteter Schritt in Richtung unternehmerischer Rechenschaftspflicht, verantwortungsvollem Geschäftsgebaren und Zugang zu Recht ist.

Es ist jetzt jedoch dringend erforderlich, erhebliche Mängel im Entwurf zu beseitigen. Diese würden verhindern, dass die Richtlinie die positiven Auswirkungen erzielt, die für die Menschen, den Planeten und das Klima so dringend nötig sind und die von den EU-Bürger*innen, den Arbeitnehmer*innen und den von Unternehmen geschädigten Gemeinschaften weltweit lautstark und öffentlich eingefordert werden.

Daher fordern wir das Europäische Parlament und die EU-Mitgliedstaaten auf, den Vorschlag in einer geschlechtergerechten Weise dort zu verbessern, wo er Mängel aufweist, und gleichzeitig auf seinen wichtigen positiven Elementen aufzubauen. Dies ist notwendig, um zu gewährleisten, dass das Gesetz eine Schädigung der Menschenrechte, der Umwelt und des Klimas durch Unternehmen wirksam verhindert und dass die Opfer von missbräuchlichen Geschäftspraktiken Zugang zu wirksamen Rechtsmitteln haben. Aus unserer Sicht lassen sich die notwendigen Verbesserungen wie folgt erreichen:

Wir fordern das Europäische Parlament und den Rat dazu auf, eine wirksame und robuste **Pflicht** zur Verhinderung und Beendigung schädlicher Menschenrechts- und Umweltauswirkungen **in der gesamten Wertschöpfungskette** einzuführen, und zwar **auf risikobasierte und verhältnismäßige Weise**. Bedauerlicherweise beschränkt die vorgeschlagene Richtlinie die Sorgfaltspflicht auf "etablierte Geschäftsbeziehungen", was hinter internationalen Standards zurückbleibt und kontraproduktive Anreize für Unternehmen schafft, ihre Wertschöpfungsketten umzustrukturieren, um sich ihrer Sorgfaltspflicht zu entziehen.



Darüber hinaus **müssen die Definitionen von schädlichen Auswirkungen auf die Menschenrechte und die Umwelt so erweitert werden, dass sie alle Menschenrechts- und Umweltauswirkungen abdecken.** In jedem Fall müsste der entsprechende Anhang umfassender sein, um alle einschlägigen internationalen Instrumente einzubeziehen, und sollte mit Blick auf zukünftige Weiterentwicklungen regelmäßig aktualisiert werden.

Das Europäische Parlament und der Rat müssen zudem die **Bestimmungen über die zivilrechtliche Haftung und den Zugang zum Recht stärken.** Vor Gericht muss das Unternehmen die Beweislast dafür tragen zu zeigen, ob es angemessen gehandelt hat oder nicht. Diese Last darf nicht den Kläger*innen auferlegt werden, da diese kaum Zugang zu Beweisen haben und nur über begrenzte Mittel verfügen. Ein Unternehmen muss auch dann haftbar bleiben, wenn es versucht hat, die Einhaltung der Vorschriften durch Branchenregelungen und externe Audits zu überprüfen. Andere bekannte Hürden beim Rechtszugang, die für länderübergreifende Fälle typisch sind, müssen ebenfalls beseitigt werden, darunter der fehlende Zugang von Kläger*innen zu zentralen Informationen, unangemessene Fristen und Hindernisse bezüglich kollektiver Rechtsmittel. Unabhängige gemeinnützige Organisationen, die ein berechtigtes Interesse an der Vertretung von Geschädigten haben, müssen zudem das Recht erhalten, in deren Namen handeln zu dürfen.

Ein weiteres brennendes Problem ist das völlige Fehlen einer klimabezogenen Sorgfaltspflicht. Das Europäische Parlament und der Rat müssen dem Klimanotstand mit einer sofortigen Pflicht für Unternehmen begegnen, sich damit zu befassen, wie ihre Wertschöpfungsketten zum Klimawandel beitragen. Unternehmen müssen konkreten Verpflichtungen unterliegen, einen wirksamen Klima-Übergangsplan im Einklang mit dem Pariser Abkommen zu entwickeln und umzusetzen, einschließlich kurz-, mittel- und langfristiger absoluter Emissionsreduktionsziele. Diese Verpflichtungen müssen durch Maßnahmen der Behörden sowie durch zivilrechtliche Haftung durchsetzbar sein.

Während internationale Standards für alle Unternehmen gelten, schließt der Kommissionsvorschlag rund 99 % der EU-Unternehmen direkt aus. Das Europäische Parlament und die EU-Mitgliedstaaten müssen die **kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) in den Anwendungsbereich der vorgeschlagenen Richtlinie einbeziehen.** Wir halten es zudem für nicht zu rechtfertigen, dass für den Finanzsektor reduzierte Sorgfaltspflichten gelten sollen und dass die Pflicht zur Risiko-Identifikation von Unternehmen in Hochrisikosektoren auf die schwersten Schäden beschränkt sein soll. **Im Einklang mit dem risikobasierten Ansatz fordern wir, dass alle Unternehmen vollständig von diesem Gesetz erfasst werden.**

Darüber hinaus sollte die vorgeschlagene Richtlinie der



Perspektive der Betroffenen die Rolle und das Gewicht einräumen, das ihr zusteht, und eine sinnvolle Konsultation der Stakeholder vorschreiben, die in alle Phasen der Sorgfaltsprüfung einfließt. Die Sorgfaltspflicht muss dahingehend gestärkt werden, dass sie eine **sinnvolle und fortlaufende Beteiligung** vorsieht, **einschließlich einer obligatorischen und proaktiven Konsultation von Arbeitnehmer*innen, Gewerkschaften, Mitgliedern der lokalen Gemeinschaften und anderen relevanten oder betroffenen Interessengruppen**. Bei dieser Einbeziehung müssen die Hindernisse berücksichtigt werden, mit denen bestimmte gefährdete Gruppen konfrontiert sind. Vor diesem Hintergrund ist das Fehlen einer Gender- und Intersektionalitätsperspektive im gesamten Vorschlag ein weiteres wichtiges Anliegen, das wir teilen.

In diesem Zusammenhang ist das **Fehlen spezifischer Hinweise auf Menschenrechtsverteidiger*innen und Umweltschützer*innen äußerst bedenklich**. Der Vorschlag bietet nicht allen Menschenrechtsverteidiger*innen und Umweltschützer*innen in der ganzen Welt Schutz, sondern schlägt lediglich vor, in der EU ansässige Arbeitnehmer*innen vor der Gefahr von Vergeltungsmaßnahmen zu schützen. Der Schutz von Menschen und Gemeinschaften vor Vergeltungsmaßnahmen und nachteiligen Folgen sollte verstärkt werden. Die Rechte indigener Völker auf Selbstbestimmung und auf freie, vorherige und informierte Zustimmung müssen ebenfalls ausdrücklich in die Richtlinie aufgenommen und anerkannt werden.

In allen Fällen, in denen es notwendig ist, eine Geschäftsbeziehung oder Geschäftstätigkeiten zu beenden, muss die Richtlinie einen **verantwortungsvollen Rückzug vorschreiben**, indem sie klarstellt, dass die Unternehmen weiterhin für nicht behobene Auswirkungen verantwortlich sind und neue und zusätzliche Auswirkungen, die sich aus dem Rückzug ergeben, angehen müssen.

Wesentliche Anforderungen an die Transparenz der Wertschöpfungskette und an die Offenlegung fehlen ebenfalls in dem Vorschlag. Wir sind der Meinung, dass die Richtlinie von den Unternehmen verlangen muss, ihre **Wertschöpfungskette und Geschäftsbeziehungen darzustellen und die entsprechenden Informationen zu veröffentlichen**.

Besorgniserregend ist, dass die vorgeschlagene Richtlinie Verhaltenskodizes, Vertragsklauseln, Audits durch Dritte und Industrieinitiativen ein erhebliches Gewicht beimisst, die sich als unzureichende Mittel erwiesen haben, um Menschenrechtsverletzungen und Umweltschäden zu erkennen und zu bekämpfen. **Solche Mittel können nicht als Beweis dafür angesehen werden, dass die Unternehmen eine wirksame und sinnvolle Sorgfaltsprüfung durchführen**. Es ist auch klar, dass die eigenen Einkaufspraktiken der Unternehmen schwerwiegende negative Risiken und Auswirkungen auf die Menschenrechte und die Umwelt mit sich bringen, **daher müssen die Unternehmen ausdrücklich verpflichtet werden,**



die Risiken und negativen Auswirkungen ihrer eigenen Einkaufspraktiken anzugehen.

Schließlich sollte der Vorschlag die **Sorgfaltspflicht der Unternehmensleitung und die Verantwortung für die Beaufsichtigung des Due-Diligence-Prozesses, einschließlich der Übergangspläne und Nachhaltigkeitsziele, klarer formulieren**. Die Vorstände der Unternehmen sollten eindeutig verpflichtet werden, Nachhaltigkeitsrisiken und -auswirkungen in die Unternehmensstrategie zu integrieren, während die variable Vergütung der Vorstände gestärkt und direkt an die Nachhaltigkeitsleistung der Unternehmen, insbesondere in Bezug auf das Klima, gekoppelt werden muss.

Wir schlagen die oben genannten Änderungen vor, um sicherzustellen, dass die Europäische Union keine bloße "Tick-Box-Übung" rechtlich vorschreibt und ein kaputtes System konsolidiert, das eine fortlaufende systematische Schädigung von Menschen, des Planeten und des Klimas durch Unternehmen zulässt. Es ist nun entscheidend, dass das Europäische Parlament und der Rat die Richtlinie im Einklang mit diesen Empfehlungen verbessern.

Das Europäische Parlament und der Rat müssen diese Änderungen dringend umsetzen. Wir können es uns nicht leisten, bis zum Ende des Jahrzehnts zu warten, bis diese Bestimmungen Realität werden, da Menschenrechts-, Umwelt- und Klimaschäden auf der ganzen Welt weitergehen.

Liste der unterzeichnenden Organisationen

Internationale Organisationen

ActionAid
Action on Smoking and Health
Amnesty International
Anti-Slavery International
Asia Floor Wage Alliance (AFWA)
Business & Human Rights Resource Centre (BHRR)
CARE International
CIDSE
Clean Clothes Campaign
ClientEarth
Economy for the Common Good
Projet Accompagnement Québec-Guatemala (PAQG)
Fair Finance International
Fairtrade International
Fair Trade Advocacy Office
Front Line Defenders
Global Witness
Human Rights Watch
International Corporate Accountability Roundtable (ICAR)
International Dalit Solidarity Network
International Federation for Human Rights (FIDH)
INSPIR (International Network on Social Protection Rights)



International Service for Human Rights
 OMCT – World Organisation Against Torture
 Open Society Foundations
 Our Food. Our Future
 Oxfam
 Peace Brigades International (PBI)
 PICUM – Platform for International Cooperation on
 Undocumented Migrants
 Protection International
 Publish What You Pay
 Rainforest Alliance
 Solidaridad
 SOMO (Centre for Research on Multinational Enterprises)
 Transport & Environment
 United Evangelical Mission
 We Effect
 WeWorld
 Women's International League for Peace and Freedom
 WWF

Regionale Organisationsen

Advocates for Community Alternatives
 African Resources Watch (AFREWATCH)
 Avocats Sans Frontières (ASF)
 Climate Action Network (CAN) Europe
 Coordinadora Latinoamericana y del Caribe de Pequeños/
 as Productores/as y Trabajadores/as de Comercio Justo
 (CLAC)
 Environmental Justice Foundation (EJF)
 EU-LAT Network
 European Center for Constitutional Human Rights (ECCHR)
 European Coalition for Corporate Justice (ECCJ)
 European Environmental Bureau
 European Federation of Public services Unions (EPSU)
 European Trade Union Confederation
 Friends of the Earth Europe
 International Network for Human Economy Asia
 INSP!R Asia
 Red europea de Comités Oscar Romero
 ShareAction
 World Fair Trade Organization - Europe

Nationale Organisationsen

11.11.11 - Belgium
 Acción Ecológica - Ecuador
 ActionAid France - France
 ACV-CSC - Belgium
 Alboan Fundazioa - Spain
 Al Haq – Palestine
 ALSEAN – Burma
 AK EUROPA - Austria
 Akota Garment Workers Federation – Bangladesh
 Amis de la Terre France (Friends of the Earth France) -
 France
 Amnesty International Polska – Poland
 Arisa - Netherlands
 Asociația Mai bine - Romania
 Asociación por la Paz y los Derechos Humanos Taula per
 Mèxic - Spain
 Asociación Pro Derechos Humanos de España (APDHE)
 - Spain

Association for Human Rights and Civic Participation
 PaRiter - Croatia
 Association for Sustainable Development INKINGI - Uganda
 Association marocaine des droits humains (AMDH) -
 Morocco
 Association of Rural Education and Development Service
 (AREDS) - India
 Bangladesh Center for Workers Solidarity – Bangladesh
 Bangladesh Garment and Industrial Workers Federation
 (BGIWF) - Bangladesh
 Bangladesh Independent Garment Workers Union –
 Bangladesh
 Bangladesh Revolutionary Garment Workers Federation –
 Bangladesh
 Belgian Alliance for a Smoke-Free Society – Belgium
 Broederlijk Delen – Belgium
 Brot für die Welt - Germany
 Cambodian Alliance of Trade Unions (CATU) - Cambodia
 Campagna Abiti Puliti - Italy
 Canadian Network on Corporate Accountability (CNCA) -
 Canada
 Catholic Agency for Overseas Development (CAFOD) - UK
 CCFD-Terre Solidaire - France
 Center for Alliance of Labor and Human Rights (Central)
 - Cambodia
 Center for Education, Counselling and Research (CESI) -
 Croatia
 Centre for Labour Rights – Albania
 Center for the Politics of Emancipation – Serbia
 Centre d'Aide Juridico-Judiciaire CAJJ - Democratic
 Republic of the Congo
 Centre for Peace Studies (CMS) - Croatia
 Centre for Research on Multinational Corporations (SOMO)
 - Netherlands
 Centre National de Coopération au développement (CNCD-
 11.11.11) - Belgium
 Centro de Políticas Públicas y Derechos Humanos - Peru
 EQUIDAD – Peru
 China Labour Bulletin (CLB) - China
 Christliche Initiative Romero e.V. (CIR) - Germany
 Civil Rights Defenders – Sweden
 Coalition of Cambodian Apparel Workers' Democratic Union
 – Cambodia
 Collectif Ethique sur l'étiquette - France
 Conectas Direitos Humanos – Brazil
 Coordinadora Estatal de Comercio Justo (Fair Trade Spanish
 Platform) - Spain
 CorA Netzwerk für Unternehmensverantwortung - Germany
 Corporate Justice Coalition – UK
 Covenants Watch – Taiwan
 Cambodian Labour Confederation (CLC) - Cambodia
 De Transformisten - Belgium
 Entraide et Fraternité - Belgium
 Entrepueblos, Entrepobles, Entrepobos, Herriarte – Spain
 Estonian Green Movement – Friends of the Earth Estonia –
 Estonia
 Equo Garantito - Assembleia Generale Italiana del
 Commercio Equo e Solidale - Italy
 Facing Finance – Germany
 Fair – Italy
 Fair Action - Sweden

Fairtrade Sweden - Sweden
 Fastenaktion / Swiss Catholic Lenten Fund - Switzerland
 FEDINA - India
 FEMNET - Germany
 Finnish League for Human Rights - Finland
 Finnish Development NGOs FINGO - Finland
 Finnwatch - Finland
 FOCSIV - Italy
 Focus Association for Sustainable Development - Slovenia
 Forests of the World - Denmark
 FOS - Belgium
 Frank Bold - Czech Republic
 Fundación Libera - Chile
 Fundacja Dajemy Dzieciom Siłę - Poland
 Fundacja Frank Bold - Poland
 Fundacja Kupuj Odpowiedzialnie - Poland
 Fundacja La Strada - Poland
 Gender Alliance for Development Centre - Albania
 Germanwatch - Germany
 GLOBAL 2000 - Friends of the Earth Austria - Austria
 Gonoshasthaya Kendra (GK) - Bangladesh
 Green Liberty - Latvia
 HEKS - Switzerland
 Home Based Women Workers Federation - Pakistan
 HRM "Bir Duino-Kyrgyzstan" - Kyrgyzstan
 Human Rights International Corner - Italy
 Human Rights in China (HRIC) - China
 IUCN National Committee of the Netherlands - Netherlands
 Impresa2030. Diamoci una regolata - Italy
 Independent Trade Union of workers of Croatia (Nezavisni sindikat radnika Hrvatske, NSRH) - Croatia
 Initiative Lieferkettengesetz - Germany
 Initiative pour un devoir de vigilance - Luxembourg
 INKOTA-netzwerk - Germany
 Institute for Mission, Ecumenism and Global Responsibility (MÖWe) Protestant Church of Westphalia - Germany
 Internationale Liga für Menschenrechte - Germany
 Irish Coalition for Business and Human Rights - Ireland
 Justiça Global - Brazil
 Justice et Paix - Belgium
 Kalikasan People's Network for the Environment (Kalikasan PNE) - Philippines
 Karnataka Garment Workers Union (KOOGU) - India
 Labour Behind the Label - UK
 Labour Action - Denmark
 Les Amis de la Terre - Belgium
 Ligue Burundaise des droits de l'homme Iteka - Burundi
 Ligue des droits de l'Homme (LDH) - France
 MADPET - Malaysians Against Death Penalty and Torture - Malaysia
 Magyar Természetvédők Szövetsége - Friends of the Earth Hungary - Hungary
 Mani Tese - Italy
 Manos Unidas - Spain
 Manushya Foundation - Thailand
 Maquila Solidarity Network - Canada
 National Garment Workers Federation - Bangladesh
 MISEREOR - Germany
 MVO Platform - Netherlands
 National Garment Workers Federation (NGWF) - Bangladesh
 National Trade Union Federation - Pakistan
 Naturefriends - Greece
 NaZemi - Czechia
 NeSoVe - Austria
 NOAH Friends of the Earth Denmark - Denmark
 Notre Affaire à Tous - Belgium
 Novi sindikat (New Trade Union) - Croatia
 Observatorio Ciudadano - Chile
 OKUP - Bangladesh
 Organisation Marocaine Des Droits Humains (OMDH) - Morocco
 People in Need - Czech Republic
 Plataforma por Empresas Responsables (PER) - Spain
 Polskie Stowarzyszenie Sprawiedliwego Handlu - Poland
 Polski Instytut Praw Człowieka i Biznesu - Poland
 PowerShift e.V. - Germany
 Pro Ethical Trade - Finland
 Public Eye - Switzerland
 Quê Me: Vietnam Committee on Human Rights - Vietnam
 Regional Industrial Trade Union (Regionalni industrijski sindikat, RIS) - Croatia
 Red de Entidades para el Desarrollo Solidario (REDES) - Spain
 Regional Watch for Human Rights (RWHR) - Liberia
 Regroupement pour la Responsabilité Sociale des Entreprises - Canada
 Resource Matters - Belgium
 Rights and Accountability in Development (RAID) - UK
 Schone Kleren Campagne - Netherlands
 Setem - Spain
 Sherpa - France
 Society of Women in Action for Total Empowerment (SWATE) - India
 Solidair met Guatemala - Belgium
 Solsoc - Belgium
 Südwind - Austria
 Swedish Society for Nature Conservation (SSNC) - Sweden
 Swedwatch - Sweden
 Swiss Coalition for Corporate Justice (SCCJ) - Switzerland
 SWISSAID - Switzerland
 Syrian Center for Media and Freedom of expression (SCM) - Syria
 Temiz Giysi Kampanyası - Turkey
 Terre des Hommes Schweiz - Switzerland
 Tudatos Vásárlók Egyesülete - Hungary
 Turkmen.News - Turkmenistan
 The All Indonesia Trade Union Confederation (AITU-KSBSI) - Indonesia
 The KIOS Foundation - Finland
 Trócaire - Ireland
 Umanotera, The Slovenian Foundation for Sustainable Development - Slovenia
 Unión Sindical de Trabajadores de Guatemala - UNSITRAGUA - Guatemala
 vzbv - Verbraucherzentrale Bundesverband - Germany
 ver.di, vereinte Dienstleistungsgewerkschaft - Germany
 Viva Salud - Belgium
 Vredesactie - Belgium
 WH4C - Workers Hub For Change - Malaysia
 We Social Movements (WSM) - Belgium
 Workers Rights Watch - Kenya
 World Economy, Ecology and Development (WEED) - Germany
 Yokohama Action Research - Japan
 Zentrum für Mission und Ökumene - Nordkirche weltweit - Germany